

# Nicht noch mehr Geld für „Flüchtlinge“ – jede Fördermaßnahme auf den Prüfstand

Zur Gründung eines ostdeutschen Dachverbandes der sog. „Migrationsverbände“ teilt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Landtag Brandenburg, **Birgit Bessin**, mit:

„Das ist doch keinem normalen Bürger mehr zu vermitteln. Bei Wohnprojekten für sogenannte ‚Flüchtlinge‘ in Brandenburg bekommen diese dort z.T. ihre eigenen Sozialarbeiter, eigenes Reinigungspersonal und auch Sicherheitspersonal gestellt. Luxus-Maßnahmen, von denen kein Deutscher jemals träumen würde. Bei „Flüchtlingen“ wird das von den Verantwortlichen der bunten Einheitspartei aus SPD-Linken-CDU-Grünen wie selbstverständlich aus Steuergeldern bezahlt. Aber die bisher eingesetzten Milliarden reichen offensichtlich noch nicht. Unser Volk soll noch weiter zur Kasse gebeten werden: Am Wochenende haben die inzwischen 260 (!) ostdeutschen sogenannten ‚Migrantverbände‘ einen Dachverband gegründet.

Offensichtliches Ziel: Noch mehr gezielten Druck auf die in Land und Bund regierenden Altparteien auszuüben und noch mehr Fördergelder einzutreiben. Offensichtlich soll den sogenannten ‚Flüchtlingen‘ auch jeder Behördengang abgenommen werden und sie sollen in jeder Lebenslage kostenlose Begleitung und Rechtsberatung erfahren. Das ist nicht hinzunehmen! Damit wird das Bild vom Schlaraffenland Deutschland, in dem von sogenannten ‚Flüchtlingen‘ Einkommen ohne jede Mühe und Arbeit erzielt werden kann und in dem staatlich finanzierte Organisationen eine kostenlose Rundum-Betreuung garantieren, verfestigt. Ein Bild, das hunderttausendfach via Smartphone

ins Ausland gesendet wird und für den stetigen, nicht abreißen Strom meist illegaler Wirtschafts- und Messermigranten verantwortlich ist. Für mich und meine Fraktion ist klar: Es darf nicht noch mehr Geld für sogenannte ‚Flüchtlinge‘ eingesetzt werden, sondern jede Fördermaßnahme der vermeintlichen ‚Flüchtlingshilfe‘ gehört auf den Prüfstand. Das sind Millionen Euro, die niemals ausgegeben werden dürften, wenn sich Land und Bund an geltende Gesetze halten würden. Die genaue Prüfung beginnt nach der Landtagswahl 2019 durch die AfD. Das kann ich heute schon versprechen.“